

Um die Abrüstung

Nach jahrelangen Vorverhandlungen, fast dreizehn Jahre nach dem Versailler Vertrag, soll nun am 2. Februar 1932 die große Abrüstungskonferenz zusammentreten. Je näher der Tag heranrückt, um so schwerer erscheint die Aufgabe, um so größer wird die Unruhe in den Reihen der Beteiligten. Die einen ahnen, ja sehen klar voraus, daß die an sich wohl ehrlich gewollte Abrüstung manches Opfer und wenn nicht größeres, so doch anders geartetes Wagnis als das alte System des bewaffneten Friedens von ihnen verlangen wird. Wenige nur sehen, daß diese Opfer- und Wagnisscheu nur deshalb so groß ist, weil sie eine innere Umstellung auf eine ganz neue Sinnesart im Zusammenleben der Nationen verlangt, zu der man sich noch nicht oder doch noch nicht klar durchgerungen hat. Andere wieder geben sich offenkundigem Skeptizismus hin und erwarten von der Konferenz von vornherein nichts anderes als einen neuen Erweis der Bedeutungslosigkeit des Völkerbundes, wenn es mehr als schöne Reden gilt. Sie spannen wohl auch, bewußt oder unbewußt, ihre Ansforderungen an einen zu erwartenden Erfolg so hoch, daß sie deren Nichterfüllung mit einer gewissen Sicherheit voraussehen und sich so schon jetzt in ihrer skeptischen Haltung und damit der Enthaltung von jedem zielbewußtsten Mitschaffen am Werke der Abrüstung beruhigt fühlen. Es liegt auf der Hand, daß wir diese Haltung besonders in den Kreisen der Besiegten des Weltkrieges finden. Im Grunde entstammt sie derselben innern Haltung wie bei den Opfer- und Wagnisscheuen, die natürlich mehr bei den ehemaligen Siegermächten zu finden sind. Aber gerade dieses Würgen und Bangen, dies sich Auftürmen immer neuer Schwierigkeiten, ja die vielleicht unbewußte, aber doch nicht zu verkennende Erleichterung, wenn da oder dort solch neue Schwierigkeit auftaucht und den Mangel an Wagemut zu rechtfertigen scheint — wir erinnern an den Plan der Zollunion und seine Folgen —, weist immer wieder unerbittlich darauf hin, daß hier etwas ganz Großes und Entscheidendes geboren werden soll. Gewiß wird das Neue, das da kommen soll, wohl noch klein und pflegebedürftig sein wie ein Kind. Aber das Entscheidende muß sein, daß ein neues Leben anhebt, das in sich die Kraft zu weiterer Entfaltung trägt. Es gilt nichts Geringeres als die Umstellung des Völkerlebens von der Ichsucht mit ihrem Neid und Streit auf die Gemeinschaft, in der Recht vor Macht geht und die schließlich in Liebe mündet. Zwei Seiten stehen sich gegenüber, von einem Abgrund getrennt; auf der Abrüstungskonferenz gilt es, diesen zu überschreiten.

Die Brücke über diesen Abgrund ist freilich, wenn wir in diesem Bild bleiben dürfen, nichts anderes als ein recht nodürftiger Steg. Es sind dies die in manchen Teilen recht dehnbaren Bestimmungen der Völkerbundssatzung bzw. des Versailler Vertrages und der Mantelnote hierzu. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende Bestimmungen:

Völkerbundssätze.

Artikel 1.

„Alle... Staaten... können Mitglieder des Bundes werden... vorausgesetzt, daß sie... die Bundeszusage hinsichtlich ihrer Streitkräfte und ihrer Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft annehmen.“

Hiermit wird also dem Völkerbunde das Recht, die Rüstungen seiner Mitglieder durch Satzung zu regeln, zuerkannt. Die wesentliche Unterlage für die Abrüstungsverhandlungen enthält jedoch Artikel 8 und 9.

Artikel 8.

„Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusezgen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist. Der Rat bereitet unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zweck einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor.“

Die Pläne müssen von neuem geprüft und (soweit erforderlich) mindestens alle zehn Jahre revidiert werden.

Die derart festgesetzte Grenze für die Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden.

Da nach Ansicht der Bundesmitglieder die Privatherstellung von Munition und Kriegsgerät schweren Bedenken unterliegt, beauftragen sie den Rat, Mittel ins Auge zu fassen, wodurch den Unzuträglichkeiten einer solchen Herstellung vorgebeugt werden kann; dabei ist den Bedürfnissen der Bundesmitglieder Rechnung zu tragen, die nicht selbst in der Lage sind, die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Munition und Kriegsgerät herzustellen.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich zum offenen und vollständigen Austausch aller Nachrichten über den Stand ihrer Rüstungen, über ihre Heeres-, Flotten- und Luftflottenprogramme und über die Lage ihrer Kriegsindustrie.“

Artikel 9.

„Eine ständige Kommission wird eingerichtet, um dem Rat Gutachten über die Ausführung der Bestimmungen der Artikel 1 und 8 und überhaupt über Heeres-, Flotten- und Luftflottenfragen zu erstatten.“

Artikel 10 verlangt im Falle eines Angriffs, einer Bedrohung oder Angriffsgefahr die Durchführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen durch den Bund und bedeutet somit eine gewisse untere Grenze für das Ausmaß der Abrüstung im Zusammenhang mit dem vierten der sog. 14 Willsonpunkte, der angemessene Bürgschaft dafür verlangt, „daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.“

Die Beziehungen zwischen allgemeiner und deutscher Abrüstung werden hergestellt einmal durch die Einleitung zum 5. Teil der Völkerbundsakte, der die Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte enthält:

„Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte.“

Hierzu kommen die Ausführungen in der sog. Mantelnote zum Versailler Vertrag, die Clemenceau im Namen der Alliierten herausgab:

„Die Deutsche Abrüstung stellt gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen dar, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung herbeizuführen wünschen... Diese Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, die herbeizuführen eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes ist, ... nachdem Deutschland den Weg gezeigt haben

wird, werden die alliierten und assoziierten Mächte in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen.¹

Wie die Texte zeigen, ist weder ein bestimmter Zeitpunkt noch ein bestimmtes Maß für die Abrüstung besonders der Siegermächte festgelegt. Anderseits ist aber die in den verschiedenen Bestimmungen eingegangene Verpflichtung so dringend, erscheint sie besonders in ihrer Bedeutung für die Erreichung der Ziele des Völkerbundes so wesentlich, daß wir dürfen wohl sagen, mit Recht dem Weltgewissen ein längerer Aufschub entscheidender Verhandlungen mit ehrlicher Vertragserfüllung nicht mehr vereinbar schien. Die einzige klar genannte Voraussetzung, die Abrüstung Deutschlands, ist ja auch nach der Anerkennung der ehemaligen Gegner anlässlich der Zurückziehung der Militärkontrollkommission schon seit wenigstens 1926 erfüllt. Die Zeitspanne seitdem ist lang genug, um den Nachweis zu liefern, daß die alliierten und assoziierten Mächte in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen können. Angesichts der eingangs geschilderten innern Hemmungen, namentlich in leitenden Kreisen verschiedener Staaten, ist es jedoch besonders zu begrüßen, daß einzelne hervorragende Staatsmänner die in den Verträgen niedergelegte Pflicht gerade auch mit Bezug auf die bevorstehende Konferenz erneut und klar betonen. Solche Erklärungen sind geeignet, die erwähnte Dehnbarkeit der Vertragsbestimmungen in etwa wieder auszugleichen und alle Beteiligten zum Handeln, also hier zum mutigen Überschreiten des Abgrundes zwischen dem gestern und dem morgen, zu zwingen. Hierher gehören die Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten Hoover bei der feierlichen Eröffnung der internationalen Handelskammer in Washington mit seiner klaren Verweisung des Rüstungssystems und dem Aufruf, nach zwölf Jahren einer von gegenseitiger Furcht begründeten Unfähigkeit, in der Abrüstungsfrage vorwärtszukommen, nunmehr auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz ehrlich und mutig zu schöpferischer Tat zu gelangen. Ganz besonders wertvoll ist die Erklärung des englischen Außenministers Henderson vom 10. Februar 1931² gelegentlich der Versammlung der Internationalen Frauenliga. „Jedermann weiß“, fuhr Henderson dann wörtlich fort, „daß wir gleich jedem Mitglied des Völkerbundes durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sind. Überdies müssen wir daran denken, daß der Vertrag, der diese feierliche Verpflichtung enthält, der selbe Vertrag ist, durch den die wirksame Abrüstung anderer Nationen sicher gestellt wurde. Wir alle wissen daher, daß die gegenwärtige Situation nicht definitiv fortbestehen kann.“ Diese Kundgebung wird ergänzt durch die Mitteilung, daß Anfang Mai die Führer der drei großen englischen Parteien zu einer Besprechung über das Abrüstungsproblem zusammenkamen und auch öffentlich gemeinsam für die Abrüstung eintreten wollen³. Eine ähnliche Stellungnahme brachte der sozialistische Führer Vandervelde in der belgischen Kammer am 5. März dieses Jahres zum Ausdruck, indem er einen etwaigen Misserfolg der Abrüstungskonferenz von 1932 als geradezu eine Katastrophe für die euro-

¹ „Das Abrüstungsproblem“. Eine Materialsammlung bearbeitet von Dr. Heinz Olding (Berlin 1928).

² Berliner Tageblatt vom 10. Februar 1931.

³ Frankfurter Zeitung vom 7. Mai 1931.

päische Verständigung bezeichnete und energisch für die internationale, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung eintrat¹.

Diese und ähnliche Feststellungen von Staatsmännern sind vor allem von Bedeutung für die Staaten, die einst den Frieden von Versailles diktiert hatten und nun das sich selbst im Friedensvertrag und den damit verbundenen Völkerbundsakten auferlegte Wort einlösen müssen. Drängt hier das Stehen zu dem einmal gegebenen Wort auf eine erfolgreiche Durchführung der Abrüstungskonferenz hin, so ist es nicht minder wertvoll, wenn von anderer Seite, ganz unabhängig von den Satzungen des Völkerbundes und den Paragraphen des Friedensvertrages, die *sittliche Pflicht* der Völker zur Abrüstung betont wird. Hier hat sich das *päpstliche Rom* in folgerichtiger Fortführung seiner Friedenspolitik unzweifelhafte Verdienste erworben. Durch das Eintreten Roms für den Gedanken der Abrüstung bzw. die Rüstungseinschränkung ist für den Katholiken, der mit seiner Kirche fühlt, eine eindeutige Einstellung zu dem ganzen Problem und stärkster Antrieb für alle diese Bemühungen gegeben. Zur Einleitung des die Abrüstungskonferenz vorbereitenden Jahres brachte der „Osservatore Romano“ am 31. Januar 1931 einen eingehenden Aufsatz „Die Päpste und die Abrüstung“. Er weist darauf hin, wie die kommende Konferenz im Gegensatz zu den früheren Abrüstungskonferenzen von 1899 und 1907 zum ersten Mal den Namen einer Abrüstungskonferenz verdiene, weil erst jetzt durch den Völkerbund die unerlässliche organische Voraussetzung für ein derartiges Unternehmen geschaffen sei. Er sieht allein in der Tatsache, daß nach zehnjahrelangen Vorstudien die Konferenz einberufen wurde, schon ein Zeichen des guten Willens, dem die öffentliche Meinung beipflichten muß, fern von jeder übertriebenen Hoffnung, aber auch ebenso entgegen jedem vorgetragten Skeptizismus. Das Blatt benützt die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, „daß trotz des Orkans, der über die kämpfenden Heere niedergegangen ist, auch dieser Nachkriegsfriede nichts anderes ist als jener bewaffnete Friede, der uns zum Kriege geführt hat“. Es weist deshalb auf die verschiedenen Äußerungen der Päpste gegenüber den Gefahren hin, die sich aus dem modernen Militarismus unter der Form des bewaffneten Friedens seit den napoleonischen Kriegen und besonders seit den Kriegen von 1866 und 1870 ergeben haben.

Die erste klare Stellungnahme finden wir nach dem „Osservatore“ in dem apostolischen Schreiben Leos XIII. vom 20. Juni 1894 an alle Fürsten und Völker: „Welches die Lage Europas ist, sehen wir mit unsren Augen. Schon seit vielen Jahren haben wir vom Frieden nicht viel mehr als den Schein. Da das gegenseitige Vertrauen geschwunden ist und dem Argwohn Platz gemacht hat, sind fast alle Nationen um die Wette damit beschäftigt, sich zum Kriege zu rüsten. Die unerfahrene Jugend wird in die Gefahren des Militärlebens gestürzt, wo sie des Rates der Eltern entbehren muß und ihrer Autorität entzogen ist. In der Blüte und Kraft der Jahre wird die junge Männerwelt weg vom Ackerbau, von heilsamen Studien, von Handel und Gewerbe zu den Waffen einberufen. Daher ist auch infolge von ungeheuern Ausgaben der Staatschäg erschöpft, der Reichtum der Länder zusammengeschmolzen, das

¹ Vorwärts vom 5. März 1931.

Vermögen der einzelnen schwer geschädigt. Wir sind bereits so weit gekommen, daß der bewaffnete Friede allgemach unerträglich geworden ist. Sollte ein derartiger Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein natürlicher sein? Und doch können wir uns desselben nicht entledigen und zu einem wahren Frieden gelangen, es sei denn durch die Gnade Jesu Christi.“ In der Allocution vom 11. Februar 1899 betont Leo XIII. unter Bezugnahme auf die vom Zaren einberufene Konferenz: „Die bedrohliche Aufrüstung ist viel mehr dazu geeignet, die Gegnerschaft und das Misstrauen zu erregen als zu unterdrücken; sie umdüstert den Geist durch die unruhige Erwartung künftiger Ereignisse, hat zur drückenden Folge, den Völkern solche Lasten aufzubürden, daß man sich fragen muß, ob sie noch erträglicher als der Krieg selbst seien.“ Ähnlich begrüßte Leo XIII. in der Ansprache vom 11. April 1900 den Versuch der Abrüstung als einen letzten Lichtstrahl des sterbenden Jahrhunderts.

Zu noch schärferer Formulierung der Abrüstungsforderung kommt der Friedenspapst des Weltkrieges Benedikt XV. Wir haben schon früher, zuletzt in der Abhandlung „Wehrproblem oder Friedensproblem“ in diesen Blättern (März 1929) auf die Stellung Benedikts XV. hingewiesen. Wir zitieren dort seine Forderung nach Abgang oder Verminderung der militärischen Lasten, deren ungeheuerl. Druck die Staaten nicht mehr ertragen können, im Kundschreiben „Pacem Dei munus“ vom 23. Mai 1920. Hier verweisen wir insbesondere auf das Schreiben Benedikts XV. an die Oberhäupter der kriegsführenden Völker vom 1. August 1917. In diesem Schreiben geht der Papst „von allgemeinen Ausdrücken ... zu faßbareren und praktischeren Vorschlägen über“ und lädt die kriegsführenden Völker ein, sich über diese grundlegenden Punkte ins Einvernehmen zu setzen.

„Der allererste und wichtigste Punkt muß sein: an die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen tritt die moralische Macht des Rechts; infolgedessen soll eine gerechte Verständigung aller über die gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung nach zu vereinbarenden Regeln und Garantien erfolgen, und zwar nach Maßgabe dessen, was zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den einzelnen Staaten notwendig und ausreichend ist; dann käme an Stelle der Armeen die Einrichtung eines Schiedsgerichtes mit seiner erhabenen friedensstiftenden Tätigkeit nach zu vereinbarenden Normen und festzulegenden Sicherungen gegenüber dem Staat, der sich weigern sollte, die internationalen Fragen dem Schiedsgerichte zu unterwerfen oder seine Entscheidungen anzunehmen.“

Diese Vorschläge hatten damals in verschiedenen Lagern, besonders auch in Frankreich, Aufsehen und Unruhe erweckt. Aber Benedikt XV. ließ sich von der eingeschlagenen Linie nicht abbringen, sondern vertiefe im Gegenteil noch seine Forderungen. So schrieb Kardinalstaatssekretär Gasparri im Verlaufe dieser Auseinanderseigungen am 7. Oktober 1917 an den Erzbischof Chesnelong von Sens:

„Schließlich hat man, ich übersehe andere weniger bedeutende Punkte, eingeworfen, daß die Vorschläge des Heiligen Vaters nicht alle durchführbar sind. Man hat besonders gesagt, daß die gegenseitige und gleichzeitige Abrüstung zu den Wünschen gehört, die von vornherein bestimmt sind, unerfüllt zu bleiben. Nun gut, die Abrüstung ist durch alle ausnahmslos gewollt als das einzige Mittel, um die Kriegsgefahr zu entfernen, um die finanziellen Schwierigkeiten der Staaten zu heilen, um die sozialen Erschütterungen hintanzuhalten, die ohne die Abrüstung leider allzuleicht zu fürchten sind. Aber

sobald es sich darum handelt, das Mittel zu bezeichnen, um die Abrüstung durchzuführen und aufrecht zu erhalten, schwindet die Übereinstimmung. Ich zögere nicht, freimütig anzuerkennen, daß von allen bisher vorgesehenen Systemen keines wirklich durchführbar ist, und doch gibt es dieses System.

Der Heilige Stuhl glaubte in seinem Appell vom 1. August aus Entgegenkommen für die Leiter der kriegsführenden Völker es nicht anzeigen zu sollen, um ihnen selbst die Sorge es zu bestimmen zu überlassen, aber nach seiner Ansicht wäre das einzig durchführbare und was noch mehr ist, mit ein wenig beiderseitig gutem Willen leicht durchführbare, System folgendes: Abschaffung, auf Grund gemeinsamer Übereinstimmung unter den zivilisierten Völkern, der allgemeinen militärischen Dienstpflicht (service militaire obligatoire), Errichtung eines Schiedsgerichtes, wie es schon in den päpstlichen Schreiben gesagt ist, um die internationalen Fragen zu entscheiden; schließlich um Zwiderhandlungen zu treffen, als Sanktion, Verhängung des allgemeinen Boykotts gegen die Nation, die die allgemeine Militärpflicht wieder einführen wollte oder die sich weigern würde, eine internationale Frage dem Schiedsgericht zu unterwerfen oder dessen Entscheid anzunehmen.“ Der Kardinal weist dann darauf hin, wie Amerika und England bisher zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit einem kleinen Berufsheer ausgekommen seien, zum Kriege aber ebenfalls die Konskription, also die Dienstpflicht, einführen müssten. Er fährt fort: „Die Konskription (Militärzwang) war seit mehr als einem halben Jahrhundert die wahre Ursache einer Unzahl von Übeln, die die menschliche Gesellschaft betroffen haben: Die gleichzeitige und gegenseitige Aufhebung derselben wird das wahre Heilmittel sein.“

Der Kardinal hofft, daß, wenn die Militärpflicht einmal abgeschafft ist und nur durch ein neues Gesetz auf parlamentarischem Wege wieder eingeführt werden könnte, dies wohl nicht so bald geschehen würde, vor allem mit Rücksicht auf die schmerzhaftste Erfahrung des augenblicklichen Krieges, und wünscht aus demselben Grund, daß künftig das Recht über Krieg und Frieden einem Volksreferendum oder wenigstens dem Parlament überlassen bleibe.

Vergleichen wir diese Ausführungen des Staatssekretärs Benedikts XV. mit den Ausführungen P. Pachlers über den Militarismus, die wir in diesen Blättern, Oktober 1930, gebracht haben, so finden wir die Ausführungen Pachlers von höchster kirchlicher Stelle voll bestätigt und auch in der Kirche des 20. Jahrhunderts lebendig. Verschiedene Belege über die diesbezügliche katholische Lehre seit den Tagen der Märtyrer bis auf die jüngste Zeit bringt Albert Valensin in einem Aufsatz „Die Gewissensfrage und die katholische Lehre“¹. Von den jüngeren Theologen zitiert er Noldin² und Ferreres, die die Rechtmäßigkeit der Gesetze über die allgemeine Wehrpflicht bestreiten bzw. als zweifelhaft bezeichnen³. Noch schärfer kommt die moralische Ablehnung des bewaffneten Friedens und die Forderung der Abrüstung zum Ausdruck.

¹ Bulletin Catholique International vom 1. Januar 1927.

² De Praeceptis Dei et Ecclesiae von H. Noldin S. J. (1924) 38: Über die Verpflichtung des Militärgesetzes. Die Meinung, daß in den meisten Ländern die Militärgesetze, namentlich dort, wo die allgemeine Konskription gilt, reine Pönalgesetze seien, erscheint nicht improbabel.

³ Die Stellung der katholischen Moralisten in jüngster Zeit zu diesem Problem findet in dem Prænotandum zu der Frage, ob die Verlegung der Militärpflicht Wiedergutmachung verlangt, in der Theologia moralis des Redemptoristenpater Jos. Aertnys, neu herausgegeben von P. Damen (11. Aufl.; 1928, 530), eine äußerst kennzeichnende Beleuchtung: „Die militärische Zwangsaushebung ist der Sklavendienst des seiner Freiheit sich brüstenden Jahrhunderts. Deshalb findet sich die Frage bei den älteren Theologen nicht erörtert. Da sie indessen nicht wenig von Schwierigkeiten strotzt, wollen wir die Gründe für und gegen vorlegen.“ Im übrigen seien

Pius XI. setzte die Politik seines Vorgängers fort und betonte wiederholt, daß die wahre Sicherheit in einer Gesinnung gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Freundschaft zu suchen sei. So lesen wir in seinem Schreiben vom 7. April 1922 an den Erzbischof Josue Signori von Genua, anlässlich der Genuener Konferenz: „Sie wird Erfolg nur unter gegenseitigen Opfern haben“: Das Motto des Roten Kreuzes, *inter arma caritas* müsse erst recht nun nach Friedensschluß gelten, denn der Haß unter den Nationen gereiche schließlich auch dem Sieger zum Schaden und bereite für alle eine gar furchtbare Zukunft vor. „Denn man darf doch nicht vergessen, daß die besten Sicherheitsgarantien nicht ein Wall von Bajonetten bietet, sondern Vertrauen und Freundschaft auf allen Seiten“ (Acta Apostolicae Sedis 1922, 218). Und wenn Pius XI. in seiner Weihnachtsansprache 1930 an das Heilige Kollegium so ernste Worte gegen jeden Staat fand, der heute durch Kriegsgedanken zum Mörder und sicher auch Selbstmörder werden wollte, wenn er den Frieden Christi will und nicht nur einen sentimental, verschwommenen und unklugen Pazifismus, so steht dies nicht etwa, wie manche gerne möchten, gegen die von Benedikt XV. so klar geforderte allgemeine Abrüstung, sondern gegen einen Pazifismus, der seinen Frieden ohne Christus aufbauen will, und der deshalb unfähig sein wird, der menschlichen Leidenschaft, der Habgier, des Neides und der Zwiebrückt, der letzten Kriegsquellen, Herr zu werden. Ebenso wäre eine Friedensgesinnung ein Irrtum, die lediglich den Frieden nach außen predigt, im eigenen Volk aber Bürgerkrieg und Klassenkampf duldet oder gar schürt.

Aus alldem ergibt sich, daß es vom katholischen Standpunkt aus eine Verirrung ist, im bewaffneten Frieden etwa den Ausdruck besonderer Größe und besondern Glanzes des Staates und des Volkes zu sehen. Er ist vielmehr neben den Ungerechtigkeiten, der wesentlichen Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, bzw. der Versozialisierung der Menschen, den drückenden und das allgemeine Wohl gefährdenden Lasten nach den klaren Aussagen der Päpste als eine stete nächste Gelegenheit zum Kriege anzusehen. Nur schwerste Gegengründe können deshalb eine Duldung dieses Zustandes erlauben, legen aber zugleich die schwere Verpflichtung auf, alles anzuwenden, um möglichst bald diesem Zustand zu entrinnen. Es ist nach unserer Ansicht nicht zu leugnen, daß die katholische Moral gebieterisch den Einsatz aller Kräfte auf dieses Ziel hin verlangt. Wenn notwendig, und es ist in weitem Umfange notwendig, müßten diesem Ziele auch in Generationen durch eine vielfach falsch geleitete Volkserziehung liebgewordene Dinge, wie militärische Schauspiele, aber auch ernste, nicht zu verkennende, wenn auch nicht unersehliche Werte oder Methoden militärischer Zucht und Kraft geopfert werden. Es ist dies, zumal im Deutschen Reich, wo sich in den Jahrzehnten vor dem Kriege in immer steigenden Maße das militaristische Denken Heimatrecht geschaffen hatte und mit all seinen Vereinen und Beziehungen tief im Volk verwurzelt war, gewiß kein leichtes Bemühen. War es doch wenigstens in den

auch die Theologen, die eine gewisse Pflicht den Militärgesetzen gegenüber aufzustellen, voraus, daß die Konskription unter den heutigen Umständen unumgänglich notwendig sei. Dies aber ist es, was heute mehr denn je in Frage steht und, ganz unabhängig auch von dem Ausgang der Abrüstungskonferenz, selbst von angesehener militärischer Seite mit Rücksicht auf die heutige Kriegstechnik verneint wird.

letzten Jahrzehnten fast unmöglich, die Stimme gegen diese Erscheinungen zu erheben. Wenn sie erklang, wurde sie möglichst totgeschwiegen, wie das Beispiel der Ansichten und Äußerungen verschiedener Moralisten zeigt. Um so mehr ist es als mutige Tat anzuerkennen, daß die hauptsächlichste politische Vertretung der deutschen Katholiken durch ihren Vorsitzenden, den Prälaten Dr. Kaas, gerade dieser positiven Aufgabe, für die allgemeine Abrüstung zu arbeiten, fast zur gleichen Zeit, als der oben genannte Artikel im „*Osservatore Romano*“ erschien, Ende Januar 1931, in großer Rede bekennnsmäßig Ausdruck verlieh:

„Für uns von der Deutschen Zentrumspartei und zweifellos auch für viele derer, die außerhalb unserer Reihen stehen, ist und bleibt das primäre Ziel nicht unsere Abrüstung, sondern die Abrüstung der anderen. Der furchtbare Anschaungsunterricht des Weltkrieges und die Überzeugung von der steigenden Ungeeignetheit machtpolitischer Auseinandersetzungen für die Lösung internationaler Interessenkonflikte macht für uns Friedens- und Abrüstungspolitik nicht lediglich zu einem Objekt realpolitischer Erwägungen, sondern zu einem ethischen Postulat, dessen kategorischem Imperativ wir uns nicht versagen können und nicht versagen dürfen, weil die vertragswidrige Haltung der Gegenseite in diesem Vorstadium den Erfolg der Abrüstungskonferenz mit schwersten Zweifeln überschattet. Im Bewußtsein der Wichtigkeit und schicksalhaften Bedeutung des Ausgangs dieses Kampfes — auch für die Institution des Völkerbundes als solchen — fühlen wir uns verpflichtet, bis zum evidenten Beweis des Gegenteils der Front der ehrlichen Vorkämpfer des Abrüstungsgedankens treu zu bleiben, weil wir wissen, daß dieser Gedanke einen Segen und einen säkularen Fortschritt für die gesamte Menschheit darstellen würde.“¹

Wie Prälat Kaas, so hat auch ein anderer an weit sichtbarer Stelle stehender Führer der deutschen Katholiken, Reichskanzler Dr. Brüning, erst jüngst, am 10. Mai 1931, in einer großen Rede zu den Oldenburgischen Landtagswahlen der entschiedenen und bewußten Abkehr von jeder Kriegs- und damit auch Vorkriegspolitik Zeugnis gegeben, wenn er u. a. sagte:

„Das Wort Krieg soll überhaupt von keinem Politiker und Staatsmann in den Mund genommen werden; und diejenigen Politiker, die es aus ihrem Sprachschatz völlig ausstreichen, sind diejenigen, die dem Frieden am meisten dienen. Wir sind nicht nur Soldaten des Friedens, wie es ein bekannter Staatsmann vor wenigen Tagen für sein Volk in Anspruch nahm, sondern wir sind Opfer des Friedens und die täglich Opfernden für den Frieden.“

Auf die ganz besondere Lage Deutschlands in diesem Kampf um die Abrüstung und seinen besondern schicksalhaften Beruf haben wir in diesen Blättern bereits vor zwei Jahren, März 1929, im Aufsatz „Wehrproblem oder Friedensproblem“ aufmerksam gemacht. Je mehr sich durch die endliche Festsetzung des Konferenzbeginnes und sein Herannahen die Aufgabe verdichtet, um so größer erscheint dieser Beruf des im Verhältnis zu seinen Nachbarn waffenlosen und doch innerlich so starken Deutschen Reiches. Es ist jedoch auch verständlich, daß, je näher die Entscheidung kommt, um so mehr sich die inneren Widerstände dagegen geltend machen. Wir finden als Quelle dieser Widerstände vor allem zwei Gedankenreihen. Einmal die Auffassung, als würden wir Deutsche oder in engerem Kreis wir deutsche Katho-

¹ Kölner Volkszeitung vom 29. Januar 1931.

liken in diesem Kampf ganz isoliert sein und deshalb der andern Welt lediglich als gutmütige, ideale Toren gegenüberstehen. Sodann erscheint vielen dieses Streben nach Abrüstung und möglichster Einschränkung der bewaffneten Macht, vor allem auch die grundsätzliche Verwerfung der allgemeinen Militärsflicht, als ein Verzicht auf des Mannes beste Rechte und unvereinbar mit der Männlichkeit, die für deutsches Denken von der Wehrhaftigkeit nicht zu trennen sei.

Wenden wir uns dem ersten Bedenken zu: Zunächst dürfen wir in Erinnerung an unsere Ausführungen über Wehrproblem und Friedensproblem darauf hinweisen, daß schließlich überall ein entschlossener Mann, eine entschlossene Schar und im Völkerleben auch einmal ein entschlossenes Volk vorangehen muß, wenn ein gleichzeitiges Handeln zunächst nicht zu erreichen ist. Mag mit solchem Vorgehen manches Risiko, zu deutsch, manche Gefahr verbunden sein, also Mut dazu gehören, so haben wir nie gelehnt, daß eine entschiedene Friedenspolitik sowohl vom einzelnen wie von einem Volk die Betätigung dieser Tugend verlangt. Gerade die Kreise, die so gerne von Mannesmut und Tugend reden und bereit sind, ein ganzes Volk um der nationalen Ehre willen in Krieg und Untergang zu führen, müßten dafür Verständnis haben. Dabei braucht diese Haltung noch lange nicht an Tollkühnheit zu grenzen. Tatsächlich sehen wir denn auch in verschiedenen und zwar einflußreichen Kreisen anderer Staaten und Völker gleichgerichtete Bemühungen mit dem Ziel der Abrüstung und Kriegsächtung, gerade mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz sich stärker als je regen. Auf die amtlichen Verlautbarungen von englischer und amerikanischer Seite haben wir schon hingewiesen. Hier seien vor allem einige Kundgebungen aus dem katholischen Lager verzeichnet.

An erster Stelle muß der Aufruf der französischen Katholiken für den Frieden unter den Völkern vom April dieses Jahres genannt werden. Er ist ein feierliches Bekenntnis nicht nur zur Friedenspolitik, sondern auch ausdrücklich zur Abrüstungspolitik der Päpste seit Leo XIII., zu den Einrichtungen des Völkerbundes, zum Kelloggakt und ein Gruß an die allgemeine Abrüstungskonferenz als Verheißung eines neuen Unterpfandes des Friedens. Wenn der Aufruf an der Verbindung der Abrüstung mit Sicherheit und Schiedsgericht festhält, so stützt er sich doch ebenso auf die Erklärung des Papstes Pius XI., daß größere Garantie denn ein Wald von Bajonetten Vertrauen und Freundschaft ist. Man darf wohl im Erwähnen dieser Sicherheitsklausel eine Konzession an manche Kreise erblicken, für die das öffentliche Einstehen für den Aufruf auch in dieser Form schon einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Auch diese letzte, für unser deutsches Empfinden aber unleugbare Schwierigkeit wird schwinden im selben Maße, wie das Verlangen des Aufrufes sich durchsetzt, daß die Völker über die Grenzen hinweg sich kennenlernen und dank ehrlicher und offener Erklärung dahin kommen, zunächst den gegenseitigen Standpunkt richtig zu verstehen und schließlich sich zusammenzufinden. Ein Muster solch einer Darstellung ist z. B. der Aufsatz „Politik oder Wirtschaft, der Plan eines europäischen Bundes“ von Viktor Dillard in den „Etudes“ vom 20. Februar 1931, während es wohl weniger zum Ziel führt, wie dies Robert d’Harcourt in derselben Zeitschrift tut, aus der Darstellung der Extreme ein richtiges Bild

über die Stimmung des Landes vermitteln zu wollen. Das Manifest, das nach Presse Nachrichten unter dem Titel „Die Katholiken wollen den Frieden“ öffentlich angeschlagen wurde, ist natürlich das Ergebnis jahrelangen Mühens und Ringens im eigenen Lager der unterzeichneten katholischen Verbände, zugleich aber auch ein Zeichen, wie stark die kommende Abrüstungskonferenz gerade das französische Volk heute schon erregt und wie heftig das geistige Ringen um deren Inhalt schon eingesetzt hat. Wir freuen uns, daß unsere französischen Glaubensbrüder so mutig mit in die ersten Reihen eingetreten sind und beglückwünschen sie hierzu. Nicht umsonst steht an erster Stelle der Unterzeichner die katholische Jugend Frankreichs. In steigendem Maße ist sie in die Führung der Friedensbewegung eingetreten. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärt z. B. das Werkblatt der katholischen studierenden Jugend dem Kriege schärfsten Krieg. Es kommt dabei zu den Folgerungen:

1. Wenn auch in ganz bestimmten Fällen die Teilnahme an einem Krieg gerechtfertigt sein kann, so ist dennoch der Krieg als Institution, d. h. als ein anerkanntes Mittel des „Völkerrechts“, zu unterdrücken.

2. Nichts gibt uns die Berechtigung, den Krieg als notwendig mit dem Bestand der menschlichen Gesellschaft selbst verbunden anzusehen. Was die Frage angeht, ob es in unseren Tagen gerechtfertigt ist, einen Krieg zu wollen und hervorzurufen, so erscheint es heute moralisch unmöglich, alle diese (von den Theologen geforderten) Bedingungen zu vereinigen, wenigstens in unseren Ländern. Deshalb ist die Stellung des Christen, entschlossener Feind des Krieges zu sein. „Nicht schon deshalb, weil man heute noch nicht dazu gekommen ist, den Krieg gleich der Sklaverei völlig auszutilgen, haben wir das Recht, unsere Stellung (zum Krieg) von irgend einem Verteidigungskrieg aus zu wählen, selbst wenn er durch das internationale Recht gerechtfertigt wäre: Sobald man den Krieg als eine normale Institution erachtet, belädt man sich in etwa mit der Verantwortung dafür; dies ist eine noch größere Verantwortung, als sich lediglich dem modernen so verheerenden und mörderischen Kriege anzupassen: dies heißt den Kriegsgeist, den Nationalstolz, die kriegerische Unmaßung tolerieren, die das Zeichen eines schuldhaften Leichtsinns sind und das kommende Verhängnis vorbereiten. Wollen wir die Verantwortung übernehmen, durch Gleichgültigkeit, Ironie, Haß oder Berechnung die dem Kriege entgegengesetzten Kräfte zu schwächen? Den Krieg als für die heutige Stunde als irgendwie vorteilhaft zu erachten? Die an sich vermeidbaren Vorbedingungen zu schaffen, aus denen aber dann unvermeidlich der Krieg hervorgehen wird? Diesen bewaffneten Frieden zu verewigen, der ehedem von Europa unter dem Drucke Preußens übernommen wurde (der bewaffnete Friede, aus dem der Weltkrieg hervorging), unter dem Vorwand des alten Sprichwortes: „Willst du den Frieden, so rüste den Krieg?“

Ohne die Militärdienstverweigerung direkt abzulehnen, hält es der Auftag für besser und dem Geist der Kirche auch entsprechender, im gegebenen Augenblick durch eine gemeinsame Aktion zu handeln, die dem Kriege geschlossene Gruppen und die allgemeine Mentalität gegenüberstellt. Wie wenig Militarismus in den Kreisen französischer katholischer Jugend zu finden ist, zeigt die Tatsache, daß z. B. in einer Gemeinschaft von über 500 Medizinstudenten nur etwa 15 die Bescheinigung über den Abschluß der sog. militärischen Vorbereitungen erbrachten und unter den etwa 1000 diesjährigen Rekruten der katholischen Arbeiterjugend gar nur 10 sich im Besitz dieses Ausweises befanden. Dabei bedeutet auch der Besitz eines solchen Zeugnisses zunächst nichts weiter als die Möglichkeit, sich den Truppenteil selbst zu wählen und unter Umständen leichter vorzurücken. Diese Beispiele zeigen zugleich, welche übertriebene Vor-

stellungen wir uns in Deutschland über die militärische Erziehung der französischen Jugend machen, und wie unbegründet die Folgerungen sind, die besonders ehemalige Militärs oder ihnen geistig nahestehende Kreise unter dem Schlagwort Wehrhaftmachung daraus ziehen. Die Abneigung gegen das Militärische geht so weit, daß z. B. französische Pfadfinder aus diesem Grunde den Militärschritt ablehnten, und ein Führer der katholischen Arbeiterjugend sagen konnte, wenn es im französischen Arbeitervolk Strömungen gibt, so zwei, nämlich den Antiklerikalismus und den Antimilitarismus. Es gab ja immerhin zu denken, wenn in diesem Frühjahr gegenüber der Sorbonne in großen Lettern der Anschlag prangte: „Die Universität gegen den Krieg.“ Zu gleicher Zeit war an allen Litsfaßsäulen von Paris der Anschlag Marc Sangniers zu lesen, der eine „Studien-Woche“, verbunden mit einer Ausstellung über die Ausrüstung, vonseiten der Jeune République ankündigte. Ein großer Erfolg nach dieser Seite war es auch, wenn die deutschen Reichstagsabgeordneten Joos und Frau Weber vor einem ausgewählten französischen Hörerkreis, darunter zahlreiche Vertreter der Generalität, den deutschen Standpunkt offen und klar darlegen konnten.

Wenn nach außen diese im französischen Katholizismus immer mehr erstarrende Bewegung bislang noch nicht so klar erkennbar hervortrat und deshalb das Katholikenmanifest manche überraschte, so liegt dies besonders an den französischen Presseverhältnissen. Dabei muß anerkannt werden, daß die weitverbreitete katholische „Croix“ schon seit Jahren diesen Bestrebungen ihre Spalten öffnete. Schuld daran ist auch das geltende französische Wahlsystem. Da es die Verhältniswahl nicht kennt, zwingt es zu Wahlbündnissen und damit, da entschiedene Katholiken sich an die Linke nicht anlehnen können, zu einer gewissen Zurückhaltung, teils bewußt teils unbewußt, auf dem in diesen Fragen so wichtigen, ja entscheidenden politischen Feld. Von hier aus ist auch die Haltung der jungen demokratischen Partei zu würdigen und ihr bewußtes Vorwärtsdrängen in der Richtung zu einem Frieden nach den Grundsätzen der Kirche um so mehr anzuerkennen.

Wie in Frankreich, so röhrt sich auch in Belgien, ausgehend von den jungen Kreisen und zwar nicht nur bei den Flamen, die offene Einstellung gegen den Krieg, einschließlich Kriegsrüstung. An erster Stelle darf hier wohl die in diesen Blättern wiederholt schon erwähnte J. D. C., die belgische christliche Arbeiterjugend, genannt werden. Ihr illustriertes Wochenblatt arbeitet in dieser Hinsicht vorbildlich auch für unsere deutsche katholische Presse. Nicht nur brachte diese weit über die Kreise der Jugend hinaus verbreitete Zeitschrift in ihrer Nummer vom 14. März ein klares Bekenntnis zum christlichen Pazifismus, das mit dem „Mot d'ordre“ schließt: „Haß dem Krieg, Liebe dem Frieden.“ Das Blatt ist auch bestrebt, einerseits den wahren Heroismus des arbeitenden Menschen durch Wiedergabe entsprechender Bilder zu betonen, anderseits alle Bilder, die an sich geeignet sind, Soldatenblut zu wecken, mit entsprechender antimilitärischer Erläuterung zu versehen. So lesen wir unter einem Bild, das die Matrosen eines Kriegsschiffes beim Boxkampf auf dem Deck darstellt: Erzittert man nicht bei dem Gedanken, daß diese schönen und starken Jugend zerrissen werden könnte durch die Geschosse aus dem Schlund solcher Kanonen, wie sie diese liebliche, amüsante und harmlose Boxszene über-

schatten? Oder ein ander Mal eine Darstellung von Matrosen mit Gaschutz beim Laden der Geschütze: „Diese maskierten Kanoniere lassen uns ahnen, was ein neuer Krieg bedeuten würde; in der ganzen Welt müssen die Völker mehr denn je ihren Willen stärken, nichts mehr vom Kriege wissen zu wollen.“

Neben Frankreich und Belgien, die mit ihrer alten katholischen Kultur für das Verhalten der Katholiken von weitgehendster Bedeutung sind, dürfen wir auch auf die freudige Mitarbeit der Katholiken anderer Länder hoffen. Aus Holland bringen wir weiter unten einen wesentlichen Beitrag. In Polen, dessen junges Staatsgebilde für die freie Bewegung der Katholiken größere Schwierigkeit bietet, als wir in Deutschland gemeinhin glauben, sind ernste Bemühungen, in der gleichen Richtung vorzustoßen, nicht zu verkennen. Wir weisen auf die verschiedenen persönlichen Bemühungen des Kardinals Hlond von Posen hin und weiter auf die Arbeiten der polnischen Katholiken, von deren Führern hier nur P. Rostworowski S. J. und Dr. Dembinski genannt seien. Letzterer besuchte erst in diesem Frühjahr im Dienste der katholischen Verständigung zwischen Deutschen und Polen verschiedene deutsche Städte. Steht die polnisch-deutsche Arbeit auch erst dort, wo die deutsch-französische vor 10—12 Jahren stand, so sind doch die Anfänge vorhanden und regt sich schon auf beiden Seiten das katholische Gewissen, das auch hier nicht nur zur Verständigung, sondern zu brüderlicher Übereinkunft zwingt. Waren die angelsächsischen Katholiken schon seit den Tagen des vatikanischen Konzils aus tiefster Gewissenspflicht Förderer der Antikriegsbewegung, so dürfen wir auch von den spanischen Katholiken heute gewiß nicht weniger als vor dem Regierungswechsel freudige Zustimmung zu unsren Bestrebungen erwarten. Wie schwierig es ist, eine Äußerung der Katholiken Italiens in Dingen, die an die Staatspolitik grenzen, heute zu erhalten, ist bekannt. Wir wissen aber auch, daß hinter dem Schreiben von Pius XI. an den Kardinal-Erzbischof von Mailand vom 26. 4. 1931, in dem er dem Staat das Recht abspricht, die Jugend der Leitung der Kirche zu entziehen und sie dafür den Inspirationen des Hasses und der Unbotmäßigkeit auszusehen, weiteste Kreise des katholischen Italiens stehen. Dabei wollen wir keineswegs sagen, daß das italienische Regierungssystem ein grundsätzlicher Anhänger des bewaffneten Friedens sei.

Bedeuten solche kleine und große Lüge nichts, zeigen sie nicht, daß auch in andern Ländern und Völkern, auch bei den Katholiken, der ernste Kampf gegen Krieg und Kriegsrüstung besteht, und daß wir deshalb in solchem Kampfe nicht allein stehen? Wäre es da nicht feige, in kleinmütiger Ungeduld den Kampfplatz zu verlassen in dem Augenblick, da schon die Spuren der Freunde und Brüder aus den andern Nationen herannahen? Müßten sie nicht mit Recht enttäuscht sein, wenn in diesem Augenblick unser Verlangen nach Abrüstung, nach Beseitigung des sog. bewaffneten Friedens zusammenbräche, wenn wir unsere Grundsäze von dem Ausgang einer Konferenz abhängig machen wollten? Wollten wir, weil vielleicht 1932 noch nicht einmal die Erfüllung aller wesentlichen Wünsche bringt, nun plötzlich statt Abrüstung Aufrüstung rufen, würde man uns dann nicht mit Grund vorhalten, daß wir nicht aus Grundsag, sondern nur aus Berechnung gehandelt haben?

Die gemeinsame Front der Katholiken ist im Gegenteil schon so weit im Erstarken, daß ein maßgebendes Blatt der holländischen Katholiken,

„De Maasbode“, den Vorschlag einer gemeinsamen Zusammenkunft der Katholiken zur geistigen Vorbereitung der Abrüstungskonferenz aufwirft:

„Wenn wir nicht unerwartet in eine Katastrophe eines neuen Weltkrieges hineingeraten wollen, da wir am wenigsten daran denken, so müssen wir vor allem die furchtbare Gefahr des ständigen Wettrüstens zu bannen suchen. In einem Jahr soll die entscheidende Abrüstungskonferenz stattfinden; wie die Lage aber heute ist, so sind die Aussichten auf einen Erfolg dieser Konferenz geringer denn je. Deshalb sollten wir Katholiken unseren ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit unser christlicher Ruf durchdringe: Stärkung der moralischen Kraft der Gerechtigkeit und nicht der Machtssphäre der Waffen.“

Uns Katholiken Hollands, das mit allen Ländern der Welt die friedlichsten Beziehungen unterhält, uns bleibt eine besondere Pflicht und Aufgabe auf dem Gebiete. Wir müssen kühn die Initiative zu dieser großen Bewegung ergreifen. Unser Heimatland besitzt zahlreiche katholische Verbände, die ihrerseits wieder mit gleichen Verbänden der anderen Länder in Verbindung stehen. Diese Organisationen sollen nach vorhergehender wechselseitiger gründlicher Beratung die Basis für einen Katholischen Friedenskongress bilden, der niemals übergegangen werden kann. Vor dem Zusammentreten der Abrüstungskonferenz sollen die Katholiken der ganzen Welt klar und bestimmt ihren Willen für Nächstenliebe und Gerechtigkeit, für den Weltfrieden durch allgemeine Abrüstung ausdrücken.

Zur Ausführung dieser Bestrebungen sind ernste Bemühungen im Gange. Von hier aus ist schon eine vertrauliche Fühlungnahme mit hervorragenden Katholiken anderer Staaten erfolgt. Aus Belgien, Frankreich und Deutschland liegen, wie ihr Korrespondent berichtet, bereits beachtliche Zustimmungen vor.“¹

Dieser Gedanke ist gewiß ernstester Erwägung wert. Sollte er nicht bloß wegen der Kürze der verbleibenden Zeit, sondern auch wegen innerer Widerstände nicht zu verwirklichen sein, so wäre dies ein betrübliches Zeugnis für die Gefolgschaft der Katholiken gegenüber den klaren Worten Roms, selbst in den Ländern, wo sie frei ihre Meinung äußern können. Müßte solch eine katholische Zusammenkunft sich im wesentlichen im Rahmen des Grundsätzlichen halten, der klaren und bewußten grundsätzlichen Ablehnung des Systems der Gewalt, des Gewaltfriedens, der Militarisierung des Volkes durch die Zwangsaushebung, so könnte doch schon hier durch persönliche Aussprache unter Freunden manche Tagesfrage Klärung und vielleicht auch schon Lösung finden. In erster Linie allerdings ist hierzu berufen der weitere Ausbau des internationalen Sekretariats der christlich-demokratischen Parteien, das bereits am 9. Januar 1931 die nachstehende Entschließung angenommen hatte:

„Unter dem Eindruck eines Wiederauflebens eines intransigenten Nationalismus in verschiedenen Ländern, sowie einer drückenden politischen Atmosphäre, die noch verschärft wird durch das Fehlen jeder wirtschaftlichen Organisation in Europa und durch die Schwierigkeiten der Krise der Weltwirtschaft, geben die Parteien aufs neue ihrer unerschütterlichen Verbundenheit mit der Sache einer wirksamen Organisierung des Friedens und der Annäherung der Völker Ausdruck.“

Sie verurteilen und verschmähen jeden Appell an die Gewalt als Verbrechen und Torheit. Sie versichern ihren unerschütterlichen Willen, alle ihre Kräfte einzusezen ebensosehr im Bereich der Innenpolitik ihrer Heimatstaaten wie in dem der Außen-

¹ Bayerischer Kurier vom 1. März 1931.

politik, um den extremen Parteien einen Damm entgegenzuwerfen, um die öffentliche Meinung auf eine Zusammenarbeit der Völker und einen Ausbau der Friedensorganisation hinzulenken, um die Politik des europäischen Friedens wie des Weltfriedens fortzufegen und auf den Wegen und mit den Mitteln, wie sie der Völkerbund bereits aufgezeigt hat, fortzuentwickeln.“¹

Mit Recht betont der Bericht über die Tätigkeit dieses internationalen Sekretariats (Paris, Rue Palatin 1), daß diese Erklärung, die von acht Parteien unterzeichnet ist, von denen fünf in der Regierung ihres eigenen Landes Sitzen haben, ein Ereignis von einer gewissen Bedeutung ist. Der gleiche Bericht kündigt für den Herbst eine allgemeine Zusammenkunft der dem Sekretariat zugehörigen verschiedenen Parteien zum Studium des Abrüstungsproblems an. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Konferenz, wenn sie, wie dies nicht anders zu erwarten ist, von dem Geiste gegenseitiger Freundschaft, Achtung und Liebe getragen wird und auf der gemeinsamen Basis der katholischen Grundsätze aufbaut, für ein wenigstens teilweises Gelingen der Abrüstungskonferenz von wesentlicher Bedeutung sein kann. Diese Konferenz müßte wohl in steter geistiger Verbundenheit die ganzen Arbeiten der großen Abrüstungskonferenz begleiten. Dessen ungeachtet behält die holländische Anregung einer gemeinsamen Kundgebung der Katholiken bzw. der großen katholischen Organisationen aller Länder ihre hohe Bedeutung. Vielleicht wäre es möglich, sich auf einen Aufruf, dessen Grundlage die Veröffentlichung der französischen Katholiken sein könnte, zu einigen, wobei hervorzuheben wäre, daß gerade diese innere Einigkeit der Völker auch die Sicherheit schafft, und daß deshalb zunächst wenigstens zwischen den Völkern, die heute noch, wenn auch in anderem Sinne als früher, christliche Nationen sind, die waffenstarrenden Grenzen sinken müssen, so wie wir schon früher auf das deutsch-österreichische Beispiel nach 1866 hingewiesen haben. Erst von hier aus wird es dann auch möglich sein, für die Bewältigung der so schweren und drohenden russischen Frage eine Lösung zu finden, die christlicher Völker würdig ist.

Sehen wir in dem Verlangen nach Aufrüstung, weil die Abrüstung der andern allzu lange auf sich warten läßt, eine gewisse Schwäche und Mangel an Mut und Ausdauer, so bietet sich uns auch bei dem Ruf nach Wehrhaftigkeit unseres Volkes, besonders unserer männlichen Jugend, eine ähnlich kurzsichtige Schau. Wenn aus dem Buch „Wehrwende?“ des Generalleutnants a. D. v. Meßsch oder selbst aus einer Rede des Reichswehrministers die Sorge spricht, als könnte über dem Streben nach ehrlicher Abrüstung unter den Völkern eine Erschlaffung der Volkskraft eintreten, und als könnte dieser nur, wie Meßsch sagt, durch eine Wehrkultur entgegengetreten werden, so wird man aus der ganzen Lebensarbeit dieser Männer eine solche Einstellung verstehen, und man müßte diesen Stimmen nicht allzu große Bedeutung beimessen. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß auch über diesen engen Kreis alter Militärs hinaus, namentlich im vergangenen Winter, der Gedanke einer Art geistiger Aufrüstung als Vorbereitung einer vielleicht doch noch möglichen äußeren Aufrüstung wieder Boden gewann. Dies hat gewiß

¹ Le Petit Démocrate vom 15. März 1931.

infolge der Septemberwahl zunächst nicht außenpolitische, sondern innenpolitische Gründe gehabt, das Bestreben mancher Kreise, der plötzlich angeschwollenen nationalsozialistischen Bewegung in der Art militärischen Auftritens den Rang abzulaufen oder doch es ihr gleichzutun. Dabei mochten wohl auch hier manche päpstlicher als der Papst sein und übersehen, daß selbst der Führer der nationalsozialistischen Bewegung kurz vor der Wahl in seiner Antwort an Hervé nicht deutsche Abrüstung an der Seite Frankreichs, sondern allgemeine Abrüstung als Ziel bezeichnet hatte.

Diese Bestrebungen sind glücklicherweise inzwischen wohl wieder zum Stehen gekommen. Im Gegenteil ist durch die sich aus den Rivalitäten der verschiedenen Wehrverbände ergebenden ständigen Reibereien das Verlangen nach Unterbindung all dieser sog. Wehrformationen in bedeutend weitere Kreise gedrungen. Die öffentliche Meinung verlangt in verstärktem Maße: „Die Macht dem Staate.“ Soweit katholische Kreise in Betracht kommen, haben die katholischen Jugendverbände eine entschiedene Gegenstellung eingenommen. Es ist das Verdienst des katholischen Gesellenvereins, daß er als erste katholische Reichsorganisation durch den Beschluß seines Seniorates, d. h. seiner jungen Laienführer, vom 16. Februar 1931 hier führend voranging:

„Gegenüber den hier und dort zu Tage getretenen Bestrebungen, Wehrformationen zu errichten, die sich aus den Kreisen der katholischen Jugend rekrutieren sollen, erklärt das deutsche Seniorat, daß es diese Wehrformationen schärfstens ablehnt.“

Es sieht in diesen Bestrebungen nur neue Gefahren für die so notwendige Einheit des deutschen Volkes und Staates, dessen Schutz Aufgabe der rechtmäßigen Machtmittel des Staates ist.

Die Erziehung zu Manneszucht, Disziplin und geschlossenem Auftreten im Gesellenverein ist die sicherste Gewähr dafür, daß der Gesellenverein gegen gewaltsame Angriffe Widerstand zu leisten allezeit bereit ist.

Wir erwarten darum, daß unsere Mitglieder als treue Kolpingssöhne allen Wehrformationen fernbleiben.“

Freilich zeigte eine Zuschrift an die „Germania“, daß diese Strömungen, auch soweit sie im katholischen Lager auftraten, nicht lediglich aus parteitaktischen Gründen hervorgingen, sondern auch hier teilweise in dem „geistigen Vermächtnis so bedeutender Männer wie Clausewitz, Scharnhorst, Moltke und Schlieffen“ wurzeln. Dieses geistige Vermächtnis halten wir allerdings für unvereinbar mit dem Vermächtnis eines Leo und Benedikt. Wohl verlangt Benedikt XV. nicht eine utopische völlige Gewaltlosigkeit, wie die Militaristen gerne auch den auf die Wirklichkeit eingestellten Pazifisten unterschrieben, sondern eine zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Volk und Völkerleben genügende Macht. Über sie soll, wie wir aus dem Schreiben Gasparris entnehmen, so klein sein, daß sie schon ihrem Wesen nach lediglich auf diesen nationalen und internationalen Polizeidienst zugeschnitten ist. Im allgemeinen wird sich daraus von selbst der Typ des freiwilligen Berufsheeres ergeben. Wir halten es auch für unmöglich, sowohl praktisch wie theoretisch gesehen, bei einer Art Halbmilitarisierung stehen zu bleiben, wie sie Hagemann in seinem Buche „Deutschland am Scheideweg“¹ als ein letzter Ausweg in

¹ Deutschland am Scheideweg. Gedanken zur Außenpolitik von Dr. Walter Hagemann (Schriften zur Deutschen Politik. Heft 25/26). 8° (150 S.) Freiburg i. Br. 1931, Herder. M 4.20

dem Kapitel „Wehrfrage und Weltfriede“ vorschwebt. Wenn einmal der klare Standpunkt der internationalen Rüstungsbeschränkung, die zugleich eine internationale Rüstungsgemeinschaft bedeuten würde, verlassen ist, dann bleibt nur noch erneutes Wettrüsten übrig. Angesichts der sonst, so besonders im Kapitel „Machiavellistische oder christliche Außenpolitik?“, ganz vorzüglichen Ausführungen Hagemanns will es uns scheinen, als sei es ihm bei seinen praktischen Vorschlägen und Folgerungen nicht immer gelungen, gleichen Schritt mit der von ihm selbst so überzeugend dargestellten Theorie zu halten.

Wir müssen all diesen Bestrebungen, ein nur natürliches und in seiner Auswirkung auch unchristliches Heldenideal aufzurichten, vielmehr ganz konsequent das Ideal christlichen Heldeniums und christlicher Mannestungen und immer wieder gegenüberstellen. Insbesondere im Anschluß an die Ausführungen Kardinal Faulhabers über die Jugenderziehung haben auch wir versucht, in dem schon öfter erwähnten Aufsatz „Wehrproblem oder Friedensproblem“ einen Beitrag zu bieten. Hier mögen deshalb nur einige kurze Hinweise folgen, die uns zeigen, daß der Christenmut eigentlich erst dort einsetzt, wo der Weltmut schon aufhört. So lesen wir in einem Buch, das unserer Jugend heldische Gestalten vorzeigen will, in der Lebensbeschreibung des katholischen Edelmanns, Admirals Grafen Spee, daß er bei den Falklandsinseln in dem Bewußtsein in die Tiefe sinken konnte, vorher bei St. Maria so und so viele Hundert Engländer in den Tod vorausgeschickt zu haben. Wir sind der Überzeugung, daß Graf Spee in jenen Stunden andere Gedanken hatte. Aber blizartig beleuchtet eine solche Darstellung die irdisch-heidnische Auffassung von Heldenium beim Verfasser der Lebensgeschichte und in seinen Kreisen. Dem stellen wir einen Satz aus dem Leben Ozanams gegenüber, des großen Laienapostels der Nächstenliebe, des „Groberers der Jugend für den Kriegsdienst Christi“, eingemeißelt in seinen Grabstein: „Bereiten wir uns, um zu beweisen, daß auch wir unsere Schlachtfelder haben, wo man gar manchesmal zu sterben weiß.“ [„Préparons nous à prouver que nous aussi nous avons nos champs de bataille ou parfois l'on sait mourir.“] Neben diesem Grabmal in der Gruft der Pariser Karmelitenkirche ruhen die Gebeine katholischer Märtyrer, Priester und Laien aus den Kämpfen der Pariser Kommune und geben stummes, aber um so eindringlicheres Zeugnis von dem ganzen Ernst und der ganzen Tiefe dieser Worte. Von hier aus lernen wir vielleicht auch verstehen, daß fast alle Heiligen, die wir heute als Schutzheilige des Heeres, der Waffen- oder Schützenvereine verehren, nicht ob ihres Kriegsdienstes die Heiligkeit errangen, sondern weil sie über den irdischen Dienst hinauswuchsen und sich wehrlos töten ließen, weil sie Gott mehr gehorchen wollten als den Menschen¹.

Soll das deutsche Volk mit dem großen Ringen um die äußere Abrüstung der Völker sich durchsetzen, so muß es zunächst der geistigen Abrüstung Bahn brechen. Hierzu ist es aber notwendig, daß es selbst nicht aus Berechnung diesen Weg gehe, sondern, wie Kaas ausführte, unter dem Druck eines ethi-

¹ Ein anerkennenswerter Versuch, diesem heldischen Gedanken Ausdruck zu geben, ist das Spiel von Ludwig Hug in, *Die Werber Gottes*, München, Verlag Hößling.

ischen Postulates, der Forderung eines kategorischen Imperativs. Von hier aus bietet sich auch die einzige Möglichkeit, bei andern Völkern über einen Zustand der Berechnung hinauszukommen und auch bei ihnen den Durchbruch der klaren Einsicht zu erreichen, daß der ersehnte Friede nur auf der Basis volliger Gleichberechtigung aller Völker von Dauer sein kann. Dieser Friede freilich wird dann nicht der Friede nur eines Staatsmannes sein, so ehrlich dieser es auch meinen mag. Solch ein menschlicher Friede trägt stets die Gefahr in sich, mit all den Schwächen behaftet zu sein, die Pius XI. in seiner Weihnachtsansprache andeutete, da er von dem konfusen und indiskreten Pazifismus sprach. Dieser Friede wird aufbauen müssen auf der unbedingten Gerechtigkeit gegen jedes Volk und wird kein kleinliches Misstrauen mit den sich daraus ergebenden Hemmungen kennen, sondern nur vertrauensvolle Zusammenarbeit und unter uns Christen wenigstens aufrichtige Liebe. „Noch schwieriger, um nicht zu sagen unmöglich, ist es, daß der Frieden unter den Völkern und Staaten daure, wenn an Stelle der wahren und echten Vaterlandsliebe ein egoistischer und hartnäckiger Nationalismus seine verderbliche Herrschaft ausüben sollte, d. h. Hass und Neid statt gegenseitigen Wohlwollens, Misstrauen und Argwohn an Stelle einmütiger Zusammenarbeit, ehrgeiziges Streben nach Alleinführerschaft und Vorherrschaft an Stelle der Achtung und des Schutzes aller Rechte, seien es auch nur jene der Schwachen und Kleinen“ (Weihnachtsansprache Pius XI. 1930).

Ein gewaltiges Ningen ist in unsere Hand gegeben. Noch nie war vielleicht die Möglichkeit, auf dem Wege zum Frieden einen sichtbaren Schritt weiterzukommen, größer als in unsern Tagen. Der Erfolg wird wesentlich davon abhängen, ob unser Volk in seiner Gesamtheit, aber auch dessen verantwortliche Führer, die Kraft aufbringen, den Weg auf die Abrüstung und damit den Frieden klar durchzuhalten, auch dann, wenn die äußeren Erfolge zunächst nur Stückwerk, ja selbst kümmerlich wären. Unser nächstes Ziel muß sein, um mit Brüning in seiner Oldenburger Rede zu sprechen, die Anerkennung der Völker dafür zu erringen, daß wir in Wahrheit Opfernde für den Frieden sind, um dann von hier weiter zu der Anerkennung zu gelangen, daß auch dem deutschen Volk notwendig das gleiche Maß von Recht wie jeder andern Nation gegeben werden muß, soll überhaupt der Wahlspruch „Für Gerechtigkeit und Frieden“ Sinn haben. Die andern Völker müssen erkennen — und erkennen es schon heute in steigendem Maße, daß dies gleiche Recht für alle nicht etwa nur im Interesse Deutschlands liegt, sondern überhaupt die Grundlage jeden wahren Friedens, vor allem eines Friedens, wie ihn der Statthalter Christi wünscht, ist und einzige sein kann. Damit aber dies Ziel erreicht wird, dürfen wir Deutsche selbst nicht schwachervig werden. Wir dürfen nicht selbst hin- und herschwanken. Kristallklar und kristallhart, mutig und aufrichtig muß unser Friedenswollen und Friedenswirken sein.

Constantin Noppel S. J.